

1 **Änderungsantrag Ä1 zum 72/1/2022**  
2 **Jusos**  
3  
4  
5 **Änderung Titel** in: „Die Irrfahrt vor dem Crash  
6 beenden – Schuldenbremse überdenken?“  
7 **Neufassung des Antragstextes in folgender Form:**  
8 „Wir erkennen an, dass die Deckelung von Neu-  
9 verschuldung in Form der Schuldenbremse in ih-  
10 rer aktuellen Form falsch und dysfunktional ist.  
11 Seit ihrer Einführung musste die Schuldenbrem-  
12 se immer wieder außer Kraft gesetzt werden. Die  
13 Notlagen-Regelung ist dafür kein adäquates Mit-  
14 tel, um die Fehler der bestehenden Regelungen aus-  
15 zugleichen. Die aktuellen Regelungen müssen da-  
16 her einer grundlegenden und kritischen Evaluati-  
17 on unterzogen werden. Stellt sich danach heraus,  
18 dass die Schuldenbremse ein ungeeignetes Mittel  
19 ist, so sind die Konsequenzen daraus zu ziehen und  
20 die Schuldenbremse - in ihrer derzeit bestehenden  
21 Form, wenn nicht sogar vollständig - abzuschaffen.  
22 Wenn Sparen zum Selbstzweck wird, stranguliert  
23 dies die ökonomische und politische Handlungsfä-  
24 higkeit eines Staates und untergräbt so seine wirt-  
25 schaftlich nachhaltige Entwicklung. Kurzfristig for-  
26 dern wir die Verlängerung der vorübergehenden  
27 Aussetzung der Schuldenbremse über das Jahr 2022  
28 hinaus. Davon unberührt bleibt das langfristige Ziel,  
29 die Art. 109, 115 GG zu streichen. Die sozialdemokra-  
30 tische Fraktion im Bundestag sowie die brandenbur-  
31 gischen SPD-Abgeordneten und Mitglieder im Par-  
32 teivorstand sollen sich zum nächstmöglichen Zeit-  
33 punkt für dessen Evaluation und etwaige Streichung  
34 einsetzen.  
35 Ferner sind auch die entsprechenden landesrecht-  
36 lichen Regelungen des Art. 103 der Brandenbur-  
37 gischen Landesverfassung, welche ebenfalls in ei-  
38 ner vergleichbaren Form die Deckelung öffentlicher  
39 Ausgaben vorsieht, auf Basis dieser kritischen Eva-  
40 luation bei Bedarf umzugestalten, erforderlichen-  
41 falls zu streichen. Die sozialdemokratische Fraktion  
42 im brandenburgischen Landtag soll sich um die ent-  
43 sprechenden Streichungen bemühen.“